Nachurteil aussprach, das der gesamten Arbeiterschaft mit einem Schlage die ganze Grausamkeit der faschistischen Sonderjustiz demonstriert wurde.

Das Sondergericht verhandelte gegen den 20jährigen antifaschistischen Arbeiter Paul Schmittke, der beschuldigt wurde, einen Schuß auf Nazis abgegeben zu haben. Schmittke erklärte mit Bestimmtheit, daß er nicht geschossen habe, daß er überhaupt keine Schußwaffe besessen habe. Es ist auch niemand durch einen Schuß verletzt worden. Als Zeugen traten nur Nazis auf, die natürlich sämtlich den Jungarbeiter beschuldigten. Das Sondergericht verurteilte Schmittke zu 10 Jahren Zuchthaus.

Der Nazi Pickel, der bei einer Schießerei mit der Pistole festgestellt wurde, aus der geschossen worden war, war gleichzeitig angeklagt. Der Staatsanwalt beantragte wenigstens zum Schein 9 Monate Gefängnis gegen Pickel. Aber das Sondergericht sprach den Nazi Pickel frei.

Werktätige in den Betrieben und an den Stempelstellen! Nehmt überall Stellung dazu. Fordert in Entschließungen, durch Delegationen, durch Proteste die Nichtvollstreckung der Schreckensurteile. Erhebt noch lauter als bisher den Ruf: Fort mit den Sondergerichten! Heraus mit unseren 9000 proletarischen politischen Gefangenen!

Unternehmervorstoß in der Metallindustrie

40 Prozent Lohnabbau bei Meurer, Dresden, angekündigt

In der Abteilung Formerei der Meurer-AG, Dresden, wurde durch Anschlag ein Lohnabbau von 40 Prozent angekündigt. Bei den Verhandlungen wurde den Formern erklärt: „Der Firma geht es schlecht. Wenn ihr die Arbeit nicht für den herabgesetzten Lohn leisten wollt, dann geben wir sie nach auswärts und wir machen unsere Bude zu."

In einer stattgefundenen Abteilungsversammlung kam die Empörung der Former zum Ausdruck. Der SPD-Betriebsrat Peyer versuchte die Arbeiter auf das Arbeitsgericht zu vertrösten. Den Antrag, einen RGO-Kollegen sprechen zu lassen, ließ er nicht abstimmen. Die Abteilungsversammlung wurde deshalb noch einmal eröffnet, um den RGO-Kollegen Gelegenheit zu geben, die Auffassung der RGO zum Ausdruck zu bringen.

Die Arbeiter des Betriebes Meurer müssen erkennen, daß sie nur im Kampf den Lohnabbau abwehren können. Sie dürfen sich weder durch die Drohungen der Betriebsleitung, noch durch die Sabotageversuche der DMV-Bürokratie davon abhalten lassen. Der Lohnabbau in der einen Abteilung ist nicht nur eine Angelegenheit der Former, sondern der ganzen Belegschaft. Gelingt es in der Formerei, dann wird die Betriebsleitung auch zu neuen Lohnabbaumaßnahmen in den anderen Abteilungen übergehen. Wie die sächsischen Textilarbeiter, so müssen auch die Metallarbeiter jeden Versuch auch nur einen Pfennig abzubauen, mit der Waffe des Streikes beantworten.

Brüning und Straßer verhandeln

Um die Nazi-Zentrum-Koalition in Preußen und im Reich

Berlin, 25. August. (Eig. Drahtbericht.)

Wie aus Stuttgart gemeldet wird, sind dort eine Anzahl Zentrumsführer zu einer Konferenz zusammengekommen, um die Regierungskoalition mit den Nazis vorzubereiten. Die Naziführer Gregor Straßer und Göring sind gleichfalls nach Stuttgart gereist, wo unter Führung Brünings die Verhandlungen mit dem Zentrum fortgeführt werden sollen, nachdem Brüning bereits am Dienstag in Konstanz mit Straßer Besprechungen über die innerpolitische Lage hatte. Brüning will die Regierungsfragen im Sinne einer Koalition Zentrum—Nazis gleichzeitig für Preußen wie für das Reich regeln.

Der Ruhhandel geht also in internsten Kreisen weiter und die Nazis wollen mit ihren lauten Gerüchten gegen die Papenregierung nur die Konturen ihrer Tolerierungspolitik verwischen und auf Grund der starken Mißstimmungen unter ihren Anhängern „schärfste Opposition" vorspiegeln. In Wirklichkeit sind die angeblich gerissenen Fäden zur Papenregierung längst wieder angeknüpft.

Neue Verhandlungen Nazis-Schleicher

Die „Deutsche Zeitung", die enge Verbindungen sowohl zur Regierung wie zu den Nationalsozialisten hat, macht in einem Artikel „Reichstagsauflösung — und dann?" die Mitteilung, daß neue Verhandlungen zwischen der NSDAP und dem Reichswehrminister v. Schleicher im Gange sind. Das Blatt schreibt dazu:

„Bedeutsam erscheint in diesem Zusammenhange, daß die Fäden zwischen der NSDAP und dem Reichswehrminister von Schleicher in diesen Tagen wieder aufgenommen worden sind. Unbeschadet der Oppositionsstellung der Nationalsozialisten zur Regierung Papen ist es sehr nützlich, wenn dem Zentrum klar gemacht wird, daß es noch andere Möglichkeiten geben kann, als ein parlamentarisches Bündnis der größten nationalen Bewegung mit der Partei der Herren Kaas und Brüning. Wie diese Möglichkeiten beschaffen sein werden, ist heute noch nicht abzusehen. Jedenfalls dürften im Zuge einer Konfliktslösung Ueberraschungen nicht ausgeschlossen sein."

Diese Verhandlungen erhalten gerade mit Hinblick auf die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Urteil von Beuthen ihre ganz besondere Bedeutung.

Und die SPD-Führer?

Diese Burschen, die mit unverschämtem Raffinement in skrupellosester Oppositionsdemagogie machen und in ihrem Schatten den ganzen Apparat ihrer Partei und der Gewerkschaften einsetzen, um jeden Kampf der Arbeiterschaft gegen die Lohnraubpläne der faschistischen Bourgeoisie zu unterminieren, haben lange Tage hartnäckig über unsere Angriffe geschwiegen, daß Leipart mit Schleicher verhandelt hat. Jetzt endlich rafft sich die Dresdner Volkszeitung auf, zu antworten. Das heißt sie schimpft im Sauberdeutsch der Nazis über die „geistesschwache KPD", und da sie aus eigener Kraft nichts zu sagen weiß, druckt sie einfach eine wüstende alberne Schimpferei ihres „Vorwärts" nach. Dort wird natürlich frech abgeschwindelt, daß eine Verhandlung mit Schleicher nicht stattgefunden habe. Statt uns mit diesem bewußten Schwindlern in fruchtlose Diskussionen einzulassen, stellen wir nur fest:

Die Verhandlungen des Reichswehrministers von Schleicher mit Leipart werden auch von der „Kölnischen Zeitung" bestätigt, die am 22. August schreibt:

„Tatsache ist, daß der Reichswehrminister sich in der letzten Zeit im Rahmen der zahlreich von ihm mit Politikern geführten Gespräche auch mit dem Führer der christlichen Gewerkschaften, Imbusch, und dem Vorsitzenden des ADGB, Leipart, über staatssozialistische Ideen unterhalten hat."

Was wurde verhandelt? Die Bourgeoisie will einen neuen großen Lohnraub durchführen und dabei den tollesten Arbeitsvertrag zertrümmern. Es ist eine immer größere Annäherung der ADGB-Führer an die christlichen Gewerkschaftsführer und Naziführer zu verzeichnen. Es wird von der bürgerlichen Presse geschrieben, daß sich ein kommendes Präsidialkabinett Schleicher sowohl auf die Nazis wie auf den ADGB und die christlichen Gewerkschaften stützen könne.

Der Volkszeitung nutzt alles Leugnen nichts und alles unflätige Schimpfen kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß SPD- und Gewerkschaftsführer in der Fortsetzung ihrer neutralisierten „Klassen-Kleberpolitik" die Arbeiter nach wie vor an die faschistische Bourgeoisie verkaufen wollen.

Kampfkongreß in Dresden verschoben

Der für den 28. August in Dresden angesetzte Antifaschistische Kampfkongreß ist auf Grund der Verlängerung der Antifaschistischen Betriebswoche um 14 Tage verschoben worden. Die Mobilisation und Delegiertenwahl wird aber gerade darum verstärkt fortgeführt. Auch die für Sonnabend angesetzten

Jungarbeiter- und Frauenkonferenzen sind gleichzeitig um 14 Tage verschoben worden.

Aber auch die Mobilisation der werktätigen Frauen und jungen Arbeiter muß in dieser Zeit zu einem Höchstmaß gesteigert werden, wobei die Jungarbeiterschaft vor allem zugleich zum Internationalen Jugendtag am 3. und 4. September mobil gemacht werden muß!

SPD-Betriebsdelegierter gewählt

In einer Abteilungsversammlung der Former von Meurer, die zu den Lohnabbaumaßnahmen der Direktion Stellung nahm, wurde ein sozialdemokratischer Arbeiter als Delegierter zum Antifaschistischen Kampfkongreß in Dresden gewählt.

Das ist ein treffliches Beispiel für die Mobilmachung zu diesem nunmehr um 14 Tage verschobenen Kongreß.

DMV-Verbandstag beschließt:

Herabsetzung der gewerkschaftlichen Unterstützungssätze

Dortmund, 25. August. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern hielt auf dem DMV-Verbandstag Reichel ein Referat über die Neuordnung der deutschen Wirtschaft. Er forderte von der Papenregierung die Sozialisierung und erklärte dabei: „Wir müssen Ordnung zu schaffen versuchen in das privatkapitalistische System!" Danach hat Reichel offen ausgesprochen, daß die DMV-Führer das kapitalistische System retten wollen.

Gestern wurde auch der Abbau der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung betraten. In diesem Zusammenhang machte der Berichterstatter der Statuten-Beratungs-Kommission, Mey aus Hamburg, das zynische Eingeständnis:

„Wenn wir nicht zu den Beitrags- und Unterstützungsfragen Stellung nehmen brauchten, dann brauchten wir den ganzen Verbandstag nicht!"

Hier erhob sich bei den wenigen Arbeitern, die als Gäste auf der Tribüne anwesend waren, Protest! Darauf wurden sie rücksichtslos auf die Straße gesetzt. Der Verbandstag beschloß eine scharfe Herabsetzung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung, indem die Bezugsdauer nicht mehr generell fünfzehn Wochen, sondern je nach der Zugehörigkeit zur Organisation 7—12 Wochen betragen soll. Die Karenzzeit zum Wiederbezug von Arbeitslosenunterstützung wurde von 72 auf 92 Wochen erhöht. Außerdem erhielt der Verbandsvorstand Ermächtigung, alle Unterstützungsarten nach freiem Ermessen herabzusetzen!

Nach 10jähriger SPD-Mitgliedschaft zur KPD

Der erste Vorsitzende des Deutschen Freidenkerverbandes in Mügeln tritt zur KPD über

Mügeln. Der erste Vorsitzende des Deutschen Freidenkerverbandes und Arbeiter-Radfahrerbundes in Mügeln, Guido Mehnert, tritt mit folgender Erklärung zur KPD über:

„Nach zehnjähriger Mitgliedschaft in der SPD habe ich jetzt erkannt, daß das Programm des Hineinwachsens in den Sozialismus nie durchzuführen geht. Aus diesem Grunde habe ich mich der KPD angeschlossen in der klaren Erkenntnis, daß nur das Programm der KPD die wirkliche Befreiung der Arbeiterklasse erkämpfen kann. Ich gelobe, alle Kraft einzulegen, um das Ziel zu erreichen.

Ich fordere alle Arbeiter in der SPD auf, meinem Beispiel zu folgen und sofort einzutreten in die einzige Partei, die die Interessen der arbeitenden Klasse vertritt, und das ist die KPD.

Vorwärts zum Sieg der Arbeiterklasse!

Guido Mehnert, Mügeln."

Internationaler Jugendtag—Kampftag gegen faschistische Arbeitsdienstpflicht!

Arbeitsdienstlager sind Strafkolonien. Gegen Drill faschistischer Kriegstreiber Massenmobilmachung in Antifaschistischer Aktion

Der arbeitenden Jugend droht die Zwangsarbeit. In den Arbeitsdienstpflichtlagern sollen sie als Streikbrechergarden unter dem Kommando sadistischer Nazioffiziere mißbraucht werden. Mit militärischem Drill soll aus ihnen jene Armee der deutschen Imperialisten gemacht werden, die ihr Blut im Krieg gegen die Sowjetunion für den bankrotten Kapitalismus zu Markte trägt. Bei hundemäßiger Behandlung und Schweinefressen müssen die Jugendlichen umsonst arbeiten, damit Großagrarier und kapitalistische Behörden von Staat und Gemeinden Profite machen können. Die revolutionäre Arbeiterklasse, die revolutionäre Jugend läßt sich nicht mißbrauchen und organisiert den rücksichtslosen Kampf gegen die faschistischen Pläne der Reaktion.

Wie der faschistische Arbeitsdienst in der Praxis aussieht, das beweisen Hunderte von Jungarbeiterbriefen, die täglich bei den Redaktionen der kommunistischen Presse einlaufen. Ehemals begeisterte Hitlerjugendproleten lernen denken und erkennen, daß nur die Kommunisten sich an die Spitze des Kampfes für Arbeit und Brot stellen, daß nur in der roten Einheitsfront in der Antifaschistischen Aktion unter Führung der KPD und des KJVD dieser Kampf ausgefochten werden kann.

Schlechtes Essen, schlechtes Wasser!

Ein Jungarbeiter berichtet aus dem faschistischen Arbeitsdienstlager Gwojdzian:

„Die Aufenthalts- und zu gleicher Zeit Schlafräume bestehen aus 100 Meter langen Bretterbuden. Die Schlafgelegenheit setzt sich aus einem 100 Meter langen Kasten zusammen. Ein Teil der Arbeitsdienstpflichtigen erhielt Decken. Die übrigen Arbeitsdienstler schlafen schon wochenlang ohne Zudecke und müssen in kalten, feuchten Nächten in diesen Bretterbuden, wo der Wind beliebig durchpfeifen kann, frieren. Früh um 4.15 Uhr wird zum Aufstehen geblasen. Die Waschgelegenheit besteht aus einem ungefähr 10 Meter langem Holztrog, der mit Wasser gefüllt ist. Seife und Handtuch wird nicht geliefert. Als Frühstück erhalten sie schwarzen Kaffee, der widerlich süß schmeckt, und Brot mit Margarine. Die tägliche Arbeit besteht im Wurzelroden. Sowie sich einer erlaubt, etwas auszuruhen, wird er sofort vom Feldwebel oder Oberfeldwebel zur Arbeit angetrieben. Von diesen gibt es im Verhältnis zu den Arbeitern sehr viel. Das Mittagessen ist, wie die ganze Verpflegung, schlecht. Mitunter wurden Heringe zu Mittag gereicht, die beim Anfassen in Stücke fielen. Das Abendessen besteht ebenfalls aus schwarzem Kaffee und Margarinebrot. Durch die schlechte Luft in den Schlafsälen, die zugleich als Aufbewahrungsort der Lebensmittel dienen, kommt es vor, daß die Margarine über Nacht ranzig wird und die Leute gezwungen sind, trockenes Brot zu essen. Der Körper kann aus dieser Nahrung keine genügenden Kräfte für die Anstrengung des nächsten Arbeitstages ziehen.

Durch den Genuß des Trinkwassers müssen die Leute alles zu sich Genommene erbrechen. Dieses Erbrechen, begleitet von Fieber, dauert meistens drei Tage. Den 600 Arbeitsdienstpflichtigen stehen nur drei Sanitäter zur Verfügung. Es vergeht kein Tag, wo nicht durchschnittlich in 80 bis 100 Fällen Hilfe geleistet werden muß.

Das ist die von den Nazis, vom Zentrum und von der SPD geforderte Arbeitsdienstpflicht. Mit 50 Pfennig pro Tag, bei miserabler Verpflegung und Unterkunft werden hier die jugendlichen Arbeiter, denen man die Unterstützung raubte, ausgebeutet."

Entfacht den Sturm gegen den faschistischen Arbeitsdienst! Kampft in roter Einheitsfront gegen die faschistische Zwangsarbeit! Vorwärts unter Führung der KPD und des KJVD in der Antifaschistischen Aktion! Macht den 18. Internationalen Jugendtag am 3./4. September zum Kampftag gegen faschistische Arbeitsdienstpflicht, für Arbeit, Brot, Freiheit!

Vorwärts in der Antifaschistischen Betriebswoche!

Der Aufruf des Zentralkomitees der KPD zur Weiterführung und Verstärkung der Antifaschistischen Betriebswoche muß in den nächsten Tagen ein noch viel gewaltigeres Echo finden, als das jetzt bereits geschehen ist. So konnten wir schon gestern eine Kampfbereitschaftserklärung der Belegschaft der Firma Papierfabrik Thode, Hainsberg, registrieren. In derselben Weise wie es dort geschah, gilt es alle Belegschaften mobil zu machen und die antifaschistische Mobilisation auch an den innergewerkschaftlichen Front durchzuführen.

Ein Zeichen der verstärkten Weiterführung der Antifaschistischen Betriebswoche sind die Kampfbeschlüsse einer jeden stattgefundenen Betriebsdelegierten-Konferenz der Seeleute, Binnenschiffer und Hafenarbeiter in Bremen und einer Konferenz der Einheitsausschüsse der Antifaschistischen Aktion von Niedersachsen in Hannover.

In Nazi-Oldenburg und auch in Mecklenburg werden eine Anzahl Streiks gegen Lohnabbau geführt. Diese Streiks sind ein Beispiel für den Kampf der gesamten Arbeiterklasse!